

er das Wahlrecht auch auf solche ausdehnen, welche es bisher nicht besaßen. Allein wenn dies nicht geschehen kann, so ist es gewiß nur billig zu verlangen, daß derselbe das Wahlrecht zumindest nicht beschränke. Dieser gerechten Anforderung kommt der Gesetzentwurf nicht nach, denn derselbe benimmt vielen Wahlberechtigten jenes Wahlrecht, welches ihnen nicht die Wahl der Konstituenten, sondern die klare Bestimmung des 1848er Wahlgesetzes verliehen hat. Dessenungeachtet, welche diesen Gesetzentwurf unterstützen, sind demnach die Angreifer, und die Opponenten haben die Rolle der Verteidiger. Die Minister behaupteten zwar in ihren Reden, daß sie den durch das Vorgehen der Linken angegriffenen Parlamentarismus verteidigten; allein dem ist nicht so, der Parlamentarismus ist gar nicht in Frage gestellt. Es handelt sich hier lediglich darum, ob Viele von denen, die durch das 1848er Wahlgesetz ihr Wahlrecht erhalten haben, dieses durch die neuere Verfassung wieder verlieren sollen oder nicht? Und wenn gelegentlich der Verhandlung dieser Frage eine außergewöhnliche Streitigkeit der Parteien platzgriffen, so trägt hieran Niemand anderer die Schuld, als das Ministerium, welches durch sein leidenschaftliches Vorgehen die Erregtheit hervorgerufen.

Es wollte eine Partei durch Gewalt seinem Willen unterwerfen und dies misslang. In jener verhängnisvollen Nachmittags-Sitzung sollte die Linke durch Schloßlosigkeit gezwungen werden, von dem Posten zu weichen, welchen sie zum Schutz des Reiches von Landeuten eingenommen, und Jeder konnte schon an diesem Abend zur Ueberzeugung gelangen, daß die Leidenschaft nur Leidenschaft hervorruft, daß Parteien, namentlich solche, die von einer mannschaften Anzahl von Bürgern durch Vertrauen gestützt werden, nicht zu dem gezwungen werden, was sie nicht thun wollen. (Beifall links.) Redner knüpfte hierauf eingehend die einzelnen Abschnitte des Gesetzentwurfes, um nachzuweisen, daß dasselbe nicht klar, nicht leicht verständlich sei. Und Verständlichkeit, Durchsichtigkeit sollten ja die vornehmsten Eigenschaften eines jeden Wahlgesetzes sein. Nachdem sich Redner noch gegen das Suffrage unparteiisch ausgesprochen, welches seiner Ansicht nach nur in solchen Ländern mit Erfolg eingeführt werden kann, wo die Bildung selbst in die untersten Schichten des Volkes eingebracht und die Gegensätze zwischen den einzelnen Konfessionen, zwischen Arbeit und Kapital so vollständig ausgeglichen sind: erklärte er, für den Antrag Matolay's zu stimmen, da der von Letzterem beantragte Titel die Schaffung eines, allen Anforderungen entsprechenden, das ganze hiesherbeglückte Material umfassenden Gesetzes ermöglicht. (Beifall links.)

Thomas Bläschy stimmt ebenfalls für Matolay. Blasius Dr. b. n. erklärt ausführlich die Bestimmungen der lebensbürgerlichen Wahlordnung und erklärt, seine Partei werde nie zugeben, daß diese Vorlage zum Gesetze werde. Gabriel Várady: Dieser Titel ist die erste Schanze, durch welche die Majorität zu dem Wahlgesetze gelangen kann, allein die Streiter der Linken sind bereit und fle werden gewiß, wenn auch nicht so unglücklich, so doch eben so unerschütterlich sein, wie die Garde, die starb aber sich nicht ergab.

Alexius Farkas erinnert an die alte Geschichte von dem stummen Kinde, das plötzlich zu sprechen anfing, als man es überreizte. So gehe es auch ihm. Er habe während der ganzen Reichstagsdauer kein Wort gesprochen, aber angesichts dieser Vorlage muß er erklären: die Regierung ist schlecht und ihre Gesetze sind es noch weit mehr. Ladislaus Tisza erklärt sich kurz für den Antrag Matolay und damit ist die Sitzung zu Ende.

A b e n d s i ß u n g.

Präsident Somfisch eröffnet die Sitzung um 5 Uhr. Das Haus ist sehr schwach besucht, die Gallerien sind überfüllt. Die Debatte über den Titel der Wahlvorlage wird fortgesetzt.

Sitzung: Wenn ein Ausländer sich über die parlamentarischen Vorgänge verwundern sollte, so möge ihm zur Belehrung dienen, daß die Debatte deshalb so erbitert ist, weil die „gemeinsame“ Regierung sich eine Majorität verschaffen will. (Heiterkeit.) Er stimmt übrigens für den von Helfy beantragten Titel.

Franz Chorin kann sich mit der novellistischen Codifikation im Allgemeinen nicht befremden, am allerwenigsten aber in dem gegenwärtigen Falle, wo die Novelle lediglich zweimal so groß sein soll, wie das zu modifizierende Gesetz. Er stimmt für Matolay.

Franz Damashidy stimmt für Helfy. Ansid Mátóus ist überzeugt, daß das Vorgehen der Linken im Lande einen guten Eindruck hervorbringen werde. Die Behauptung, der Kredit des Landes leide unter den gegenwärtigen Debatten, hält Redner für unbegründet. Der Kredit eines Landes leide, wenn z. B. der Konstitutionalismus in Gefahr stehe. In Ungarn ist das nicht der Fall und somit ist höchstens das Parteininteresse der Rechten gefährdet, diese Gefahr aber ist gleichbedeutend mit der Festigung der Volksherrschaft. Wenn die Rechte wirklich nur das Landesinteresse verfolge, so möge sie die Idee der Parallellösungen annehmen; wenn sie das nicht thue, werde das Land und jene öffentliche Meinung, auf die man sich so oft berufe, diese Partei am entschiedensten verurtheilen.

Präsident ersucht den Redner abermals sich an den Gegenstand zu halten, dieser aber fährt fort, über alle nur erdenklichen Dinge zu sprechen und schließt mit der Erklärung, daß er in Bezug auf den Titel des Gesetzes — den er in seiner Rede nicht einmal erwähnte — den Antrag Matolay acceptirt. (Beifall links.)

Albert Németh kann nicht verstehen, wie man dieses Gesetz eine Aenderung des 48er Gesetzes nennen könne. Schon vom Standpunkte der Synode aus, sei dieser Titel schlecht. (Heiterkeit), eher könnte es heißen über die Beschränkung des 1848er Gesetzes. Wenn die Majorität keine Beschränkung des Wahlrechtes wolle, so möge sie es im Gesetz einfach ausprechen, daß die bisherigen Wähler sämtlich ihr Wahlrecht auch in Zukunft ausüben würden. Dadurch würde allem Streite auf einmal ein Ende gemacht, und das Wahlgesetz könnte durchgeführt werden. Er stimmt übrigens für Helfy.

Daniel Székely spricht ausführlich über die Genier, Studenten und den Gzar, wird vom Präsidenten zweimal zur Ordnung gerufen und stimmt schließlich für Helfy.

Nachdem Székely geendet, vermahnt sich Pöschy dagegen, daß der Präsident den Vorredner unterbrach, wo er nach Ansicht des Redners dazu nicht berechtigt war.

Der Präsident b. weist auf der Hausordnung, daß die Unterbrechung von seiner Seite vollkommen berechtigt war. (Zustimmung.) Alois Degré stimmt für Matolay. Sitzungschluß 8 Uhr.

Aus dem österreichischen Reichsrathe.

Wien, 19. März. (Abgeordnetenhaus.) Auf der Ministerbank: Dr. Stremaier, Dr. Glasfer, Dr. Unger. Der Präsident theilt mit, daß er den Abgeordneten Baron Giovanelli unterm 3. d. M. auffordern ließ, seinen Sitz im Hause einzunehmen; nachdem der Abgeordnete dieser Aufforderung in keiner Weise nachkam, so wird nach §. 4 der Geschäftsordnung Baron Giovanelli seines Mandates als verlustig erklärt, und wird das Ministerium aufgefordert, eine Neuwahl für denselben zu veranstalten. Der Handelsminister legt einen Gesetzentwurf über das Post-Telegraphenwesen mit Montenegro vor. Dr. Schupp berichtet über die Regierungsvorlage, betreffend das Gesetz über die Errichtung einer Hochschule für Bodenkultur in Wien. Der Ausschuss beantragt die Annahme der Regierungsvorlage mit wenigen Abänderungen. (Angenommen.)

Auch nachfolgende Resolution wird angenommen, welche lautet: „Die Regierung wird aufgefordert, zu erwägen, inwiefern die Hochschule für Bodenkultur nach vollendeter Organisation in das Ressort des Unterrichtsministeriums unter Wahrung der entsprechenden Einflüsse des Ministeriums übergeben werden.“

Dr. Hallwisch berichtet über den Entwurf, betreffend die Sicherstellung und Execution auf die Bezüge aus dem Arbeits- oder Dienstverhältniß; wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Dasselbe Gesetz betrifft die Bezüge der Landesfiskusinspektoren.

Der Antrag des Petitionsausschusses anlässlich der Petitionen gegen Ranzelmissbrauch, die Regierung aufzufordern die Ranzel zu überwachen und das Strafgesetz gegen Mißbrauch der Ranzel anzuwenden, wurde ohne Debatte angenommen.

I n l a n d.

Hermannstadt, 22. März. (Municipal-Wahlen.) Unter dem Vorstehe des Oberbürgermeisters Gabriel Daniel wurden in der am 14.—18. l. M. in Székelyvároschly vorgenommenen Restauration des Beamtenkörpers für den Udoarhelyer Stuhl gewählt: zum Königsrichter: Anton Tibab; zum Oberstar: Anton Henter; zu Honorar-Oberstar: Ludwig Nagy, Dr. Viktor Jeni, Andreas Demeter; zu Wizenotarien: Nikolaus Bartha, Dionis Kufacsi, Ludwig Örgely; zu Honorar-Notarien: Dr. Ignaz Szombathy, Karl Lamas, Karl Henter; zum Stuhlrichter: Dr. Adolf Örgely; zum Hon.-Richter: Karl Szabó; zum Präses des Waisenamtes: Paul Ferenczi; zu Beisitzern: Ludwig Jafab und Stefan Vedd; zum Perceptor: Nikolaus Ferenczi; zum Rechnungsführer: Bela Renoy; zum Ingenieur: Franz Pánköfi; zum Physikus: Dr. Ludwig Fejervari; zu Unterärzten: Dr. Franz Szabady (ein Udoarhelyer), Josef Kengel (im Kerepürer), Friedrich Örgely (im Greber Bezirk); zu Thierärzten: Johann Bal (im Udoarhelyer), Stefan Mezei (im Kerepürer Bezirk); zu Studirtheilen: Gaspar Lócs (im Udoarhelyer), Josef Matyas (im Korondor), Julius Jafab (im Komoroder), Julius Ferenczi (im Greber), Gabriel Gyerep (im Oszteker Bezirk). Die Deak-Partei siegte glänzend bei dieser Wahl.

Peß, 18. März. In der gestrigen Konferenz der Deak-Partei einigte man sich über die heute zu wählende Zünzgehner-Commission zur Begutachtung über die Strafprozess-Ordnung. Minister-Präsident Lonnyay beantragte die Wahl von neun Parteimitgliedern, welche in fortwährenden Contacte mit dem Ministerium stehen und die Verhandlungen im Reichstage regeln sollen. Der Minister-Präsident berief sich auf die jüngste Rede Gernatony's. Aehnliche maßlose Angriffe machen es wünschenswerth, daß die Regierung wegen deren Verantwortung sich sofort mit der Partei einvernehme. Die Konferenz nahm den Antrag mit der ausdrücklichen Bemerkung an, daß dieser engere Ausschuss die fernere Abhaltung von Konferenzen nicht überflüssig mache. In diesen Ausschuss wurden gewählt: Pulszky, Jelenyi, Trefort, Pörgel, Gorovó, Falt, Szell, Vano, Kemenyi.

Peß, 18. März. Auf Wunsch des Minister-Präsidenten wählte die gestrige Vormittags-Konferenz der Deak-Partei eine Reiner-Commission, welche, mit unbeschränkter Vollmacht ausgestattet, in dringenden Fällen der Regierung beratend zur Seite zu stehen und gegenüber derselben die gemeinsame Deak-Partei zu vertreten haben wird. 34 Mitglieder dieser Commission wurden mittelst Stimmzetteln gewählt: Jelenyi, Trefort, Szell, Falt, Franz Pulszky, Vano, Bela Pörgel und Gabriel Kemenyi. Durch die Wahl dieser Commission, deren Mitglieder die regelmäßigen Rathgeber der Regierung sind, wurde das Band zwischen der Regierung und der Deak-Partei in unzerstörlicher Weise gefestigt. Die Regierung wird nun, ohne erst Nachfrage halten zu müssen, den sich darbietenden Momenten benützen, um Compromisse einzugehen, im Einzelnen der Opposition Zugeständnisse zu machen oder im Nothfalle alle ihr zur Verfügung stehenden Vertheiligungsmittel in Anwendung zu bringen. So wird das Verlangen der Regierung nach Wahl dieser Commission von den meisten Mitgliedern der Deak-Partei aufgeführt.

Peß, 18. März. Heute Abends findet die erste große Versammlung der Liberalfreiwähler in der Schloßkammer statt. Die Einladung geht von der Reformpartei aus, welche den Advocaten Raboczay candidiren will. Es werden jedoch auch die Wähler Jolai's und Gorovó's massenhaft erscheinen, um die Bildung der Reformpartei zu verhindern.

Peß, 18. März. In Folge massenhafter Klagen über den Zustand der Szegediner Gefängnisse (in denen bekanntlich Hunderte von Käufern aus dem Asidó sitzen), die auch im Reichstage zum Ausdruck kommen, hat der Justizminister den Ober-Saatsanwalt Rozma und den Substituten Dr. Löw zur strengen Untersuchung dorthin geschickt.

Peß, 18. März. Der liberale Club von Lócs-Böcsje telegraphirt an den Präsidenten des Deak-Clubs: „Die General-Versammlung unseres Clubs vor der Deak-Partei für die Haltung des Vertrauens; sie bedeutet das Vorgehen der Linken, welche die Erledigung dringender Gesetze verhindert. Wir Toronto er ertrinken im Wasser, und die Linke macht die Canalisation und den Eisenbahnbau unmöglich, wodurch 200,000 Menschen Brot und Ueberdang verlohren könnten. Es lebe Franz Deak!“

Peß, 18. März. Der Kaiser reist nicht ab, sondern bleibt vielleicht bis zur Ankunft der Kaiserin hier. Andrasy erschien gestern bei der Sonntag-Soiree Konpays' und wurde von den Anwesenden demonstrativ freundlich empfangen. Die hiesigen Blätter melden aus Neufas: Wegen Kirchenjandals wurden gestern Jovanovich zu sechs Monaten, Kucovich und Hajdin zu je vier Monaten Kerker verurtheilt. Der Staatsanwalt appellirte wegen zu geringen Ausmaßes.

Peß, 18. März. Von allen bunten Mittheilungen ist nur so viel wahr, daß bisher bezüglich des Vorgehens im Reichstage keinerlei definitive Beschlüsse gefaßt wurden. Die Deakisten sagen, der Landtag werde zu Beginn der Osterferien aufgelöst werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß er langia zu verbleibe, indem nach Wien keine stimmfähige Anzahl von Deputirten zusammenkommen dürfte. Die Entscheidung liegt in den nächsten Tagen. Ist die Linke zu einem Compromiß bereit, dann wird sie dies nach einer vorbereiteten größeren Erklärung Konpays' am besten declariren können. Im Hause herrscht die langweiligste Stimmung.

Peß, 18. März. Die Beratung über das Hauptstadgesetz wurde vom Central-Ausschuss beendet. Alle von den Sectionen beantragten Änderungen wurden angenommen. Aus dem Obergepan wurde ein Ober-Bürgermeister, den der König aus drei von der Stadt vorgeschlagenen Candidaten ernennen; die Virilstimmen wurden in veränderter Form beibehalten und das Stimmrecht der Communalbeamten beschränkt. Auch in dieser Fassung wird übrigens das Gesetz von der Linken zurückgewiesen werden.

Im Reichstage keine Veränderung. Székely sprach in der Abend-sitzung zum Wahlgesetz-Titel über — den Großherzog von Weimar, und als ihn der Präsident zum Gegenstande rief, über die Universität Jena, um nur die Zeit todzuschlagen und die Dilettanten in die Länge zu ziehen.

In der Liberalfreiwähler-Wahlerversammlung erlitt die Reformpartei ein Fiasko. Die Versammlung schloß, wie üblich, mit einem heillosen Tumult und füllte beim Auseinandergehen die Straßen und Gassen mit dem Rufe: „Gien Jolai!“

Die Wahlbewegung ist in vollem Gange. Die Liberalfreiwähler sagen eben jetzt in der Schloßkammer; es handelt sich darum, gegen Jolai einen Draften aufzustellen. Viele Wähler waren für den Advocaten Raboczay, die Jracliten wollen jedoch denselben nicht. Man spricht jetzt von Keay, dem Director der ungarischen Affenrancy-Gesellschaft, der

aber schwer durchkommen wird, da die Linke in der Liberalfreiwähler entschieden die Majorität hat.

Neufas, 17. März. Gelegentlich der gestrigen Schlußberatung wurden Konel Jovanovich zu sechs, Kucovich und Hajdin zu vier Monaten Kerker als Religionsführer verurtheilt.

Theresiopel, 17. März. In der heutigen Plenarsitzung beschloß die serbische Kirchengemeinde einstimmig, die Genehmigung der Kongressbeschlüsse zu urgiren und gegen die Einberufung des Kongresses ad hoc Verwahrung einzulegen.

Agram, 19. März. Die Vertrauensmänner: Meagovic, Boncina, Kreslic, Jakes, Kacti erklärten in den Oppositionsblättern, daß sie gelegentlich der Konferenzen mit Lonpays keine Aemter gefordert, sondern die ihnen angetragenen zurückgewiesen haben.

Wien, 19. März. Ein Leitartikel des „Vaterland“ erklärt cynisch, die wahre Loyalität mache oft eine entschiedene Opposition notwendig. Das Organ der Feudalen gesteht, daß die Chancen für die Wahl der Feudalen von der Gewinnung von zwanzig Stimmen abhängig seien.

Koller ist hier angekommen. Die Morgenblätter sind mit dem Abschluß der galizischen Ausgleichsverhandlungen vollkommen einverstanden.

Wien, 19. März. Graf Chambrd ist am 13. d. in Großboos angekommen und widmet sich seither dort dem Jagdvergnügen. Die Jagd nach der französischen Königskrone scheint also wieder eingestellt zu sein. Ministerpräsident Auersperg ist nach Pest abgereist.

Linz, 18. März. Die Postmeister von Oesterreich und Salzburg versammelten sich um 2 Uhr Nachmittags beifalls Gründung eines Postmeistervereins im Locale der Ledertafel. Postmeister Rehaçet eröffnete die Versammlung. Nach einer Rede des Redactors Schmitz, welche beifällige Aufnahme fand, wurden Statuten und Resolution conform mit jenen des niederösterreichischen Postmeistervereins angenommen und der Dank der Versammlung den Journalen und den Eisenbahn-Directoren ausgesprochen. Die „Oesterreichisch-ungarische Post“ wurde als Vereinsorgan bestimmt und Schmitz zum Ehrenmitgliede gewählt. Zum Vereins-Präsidenten wurde Postmeister Rehaçet, zum Vice-Präsidenten Postmeister Gspauer aus Scharding gewählt. Mit einem Hochrufe auf Sr. Majestät schloß die Versammlung.

Triest, 19. März. Die Triester Zeitung meldet aus Odeffa, daß in Folge eines dem Jracliten zugeschriebenen Diebstahles des wunderthätigen Marienbildes aus der dortigen Kathedrale für die Obergerit neue Judenverordnungen beschickt werden. Die Behörden haben umfassende Vorkehrungsregeln getroffen.

Prag, 17. März. Dem Vernehmen nach soll Baron Koller ein Circular an die Bezirkshauptleute erlassen, in welchem er ihnen als die einzige Instruction für die bevorstehenden Wahlen strengste Wahrung und Handhabung der bestehenden Gesetze zur Pflicht macht und sofortiges energisches Einschreiten gegen jeden wie immer gearteten Verstoßungsversuch anordnet.

Prag, 18. März. In der gestrigen Sitzung der Patriotisch-Demokratischen Gesellschaft sprach der Vorsitzende, Fürst Karl Schwarzenberg, anlässlich der Beilegung der Oekonomischen Gesellschaft äußerst heftig und leidenschaftlich gegen die Regierung. In Folge seiner ungemessenen Aussprüche gegen das Ministerium verließ der Regierungskommissar, Statthalterreichsrath Radda, den Sitzungssaal, während die Anwesenden: „Regierungskommissar hinaus!“

Der Statthalter Baron Koller ist nach Wien abgereist. Prag, 19. März. Eine vertrauenswürdige Mittheilung der Bohemia meldet, daß Angelegenheiten vorliegen, die die Stellung der Regierung beschränken sei als je, daß der Anfall der böhmischen Wahlen für die Stellung der Regierung unentscheidend sei und daß Ausreisungen maßgebender Kreise bewirken, daß man über die Loyalität der feudalen Classe heute bereits völlig im Klaren ist. Der „Tagebote“ meldet: Für den Fall, als kein verfassungstreuer Landtag zu Stande kommt, ist Schmeptal zum Oesth-Landmarschall von Böhmen bestimmt.

Mährisch-Braun, 19. März. In Folge eines Lohnzuges haben gestern die Arbeiter der Kohlengrube nächst Mährisch-Braun die Raffe ausgeplündert, die Schriften vernichtet und die Ranzel demolirt. Die Oendarmen mußte von den Schußwaffen Gebrauch machen. Von Troppau ist Nachts Militär eingerückt, und wurde die Ruhe wiederhergestellt. Mehrere Verwundungen sind vorgekommen. 130 Arbeiter wurden verhaftet.

U s l a n d.

Berlin, 18. März. Die Einberufung des Reichstages für den 8. April ist jetzt definitiv beschlossen. Die liberalen Fractionen des Abgeordnetenhauses arbeiten an einem Compromiß bezüglich der Kreisordnung. Heute Abends findet eine gemeinsame Fractionen-Beratung statt. Die Annahme der modificirten Kreisordnung mit geringer Majorität ist wahrscheinlich.

Gegenwärtig tagt hier eine Special-Commission wegen besonderer Vertretung der deutschen Schifffahrt bei der Wiener Weltausstellung. Paris, 19. März. Das Journal Officiel bestatigt, daß der Handelsvertrag mit England am 15. d. gekündigt wurde. Die Bestimmungen in Betreff des Handels werden im Wege von Unterhandlungen getroffen werden.

Versailles, 18. März. Die National-Versammlung setzte heute die Beratung über das Budget fort. Auf Verlangen Komuñar's wird die Debatte über die Postconvention mit Deutschland auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

Versailles, 19. März. Vran de Welde wurde heute Morgen hingerichtet. — Oesterreich herrsche überall Ruhe. — Die Beratung des französischen Gesetzentwurfes dürfte erst nach den Ferien stattfinden.

Rom, 17. März. Die Regierung beschloß, auf den deutschserbischen ausgedehnten Wunsch den Generalstab-Major Ritter Alonci der Berliner Bottschaft als Militär-Attaché zugeben.

Rom, 18. März. Der Papst empfing heute den Großherzog von Baden. — Nigr. Sygig ist heute nach Paris abgereist. — Der Prinz und die Prinzessin von Wales werden gegen den 25. März hier erwartet.

Rom, 18. März. (Sitzung der Deputirten-Kammer. Debatte über die finanziellen Vorlagen.) Der Finanzminister, auf die Bemerkungen der Oppositions-Redner antwortend, vertheidigt die Regierungsvorlagen. Er erklärt, daß er die Vertagung der Weishoff-Beilegung acceptirt. Er legt die Möglichkeit der Uebertragung des Schatzdienstes an Vanten dar, erklärt sich aber dennoch bereit, die Vertagung auch dieser Frage anzunehmen. Er sagt, daß das Gleichgewicht im Budget in Folge der politischen Ereignisse nicht erreicht werden konnte, vertheidigt die Vermehrung der Banknoten, erläutert und vertheidigt die Conversion des National-Anlehens.

Weiters sagt der Minister, das Ministerium setz: sein Vertrauen besonders auf die Rechte und das rechte Centrum; er weist die von Rattazi vorgebrachte tadelnde Aeußerung, daß das Ministerium nicht vollkommen durch moralische Mittel nach Rom gekommen sei, zurück und fordert die Kammer auf, sich zu erklären, ob das Ministerium ihr Vertrauen habe oder nicht. (Beifall.)

Rattazi, zu einer persönlichen Bemerkung das Wort ergreifend, vertheidigt sein Verhalten zur Zeit von Mentana und sagt, seine Politik sei eine tüchtige, geschäftliche, aber auch die allein angezeigte gewesen, um große Gefahren zu vermeiden.

London, 17. März. Der Obersee glaubt, daß der gestrige Ministercath, welcher sich mit des amerikanischen Anwo: beischäftigt, in

der Sprache d Grund des un bl den zu solle Regierung wird einfach gegen London daß England Schäden zurück ruhig verlaufe Ma d r Gpartito's, se tung unter dem Verammlung 1871 mit 23 Peter e de Gies, wu Fürst Gortisch Konla nien des Dm Konla ber ist, auf b Brand gerabe Galea bing erichl schändung ent

Aus de

Unmittel die jüngste St Konstitution d Kommunitäten Voritz unter Hinweis bestehen drei Ausdruck inbe tritt des in de Hermann Fre dem mündlichen Verwächtnisse, zu denen Volk Verammlung von den Eibet Prä: in voriger Si eingetragene I Eisenbahn-Ges kommissionell v pellant zugegen bondlung gege Rücksticht bira lation zur Ken Es wir Sch o f t e r a hüßigen König Der hieß bereit mehrere Schritte zur B Legierer leitete wendigen gelei Konstitution de von Gochmiser fion habe nur 1257 Personen Kommunität we tu dieser Ange trügliche Re zu gebenden die den Reklamatio Die Kom mit Affamatio Süßmann, Joh Schopfer Rückvergütung führt wird. Die Mo dem Eintrathen jedoch ohne die D. lathar Aktien hingegen beant Zum Ge Bei der Abstim angenommen. Derselbe Kauf-Mähle Gerichte.

Der Auf balteneu Argum Gegenstände be dann der Reje Die von ung. Ministeri Beamnerei-Belei abfähig best Gendern Fleischer-gasse Da die Komm bewilligen, (be wird am den die anderen l. Zinsen zu zahl Bayer den Anlauf de Bei der S ch o f Prüfungsges-Kom mungen. In Erw Rücksticht von find, welche in lich nachzufors zuweisen, bei 1. Obi stände eingubirt 2. Wel gandenben? 3. Ob f die Beschläße 4. Soll Pachstündlich

Der Auf balteneu Argum Gegenstände be dann der Reje Die von ung. Ministeri Beamnerei-Belei abfähig best Gendern Fleischer-gasse Da die Komm bewilligen, (be wird am den die anderen l. Zinsen zu zahl Bayer den Anlauf de Bei der S ch o f Prüfungsges-Kom mungen. In Erw Rücksticht von find, welche in lich nachzufors zuweisen, bei 1. Obi stände eingubirt 2. Wel gandenben? 3. Ob f die Beschläße 4. Soll Pachstündlich

